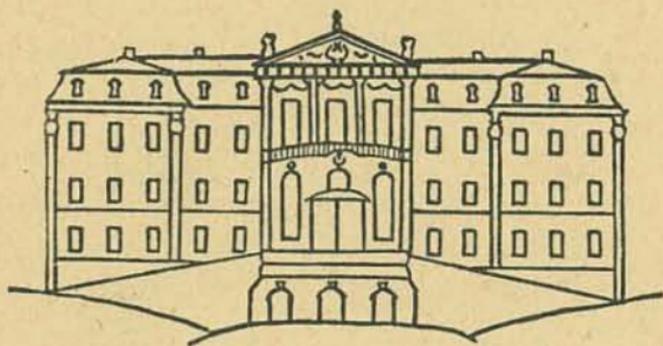


Hans Zillig

# Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft



In der Reihe der „Hefte aus Burgscheidungen“ sind bisher erschienen:

- \*1 Günter Naundorf: Die Verwirklichung christlicher Anliegen im Sozialismus
- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- \*3 Wolfgang Fischer: Christliche und marxistische Ethik
- \*4 Dr. Hanfried Müller: Der Christ in Kirche und Staat
- \*5 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Die Botschaft Jesu Christi in der Begegnung mit dem religionslosen Menschen
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- \*7 Der Mißbrauch der Religion durch den Imperialismus
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- \*9 Der Primas der Russischen Kirche – Zum 80. Geburtstag des Patriarchen Alexius
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin – nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- \*13 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Die halbstaatlichen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik
- \*14 Günter Wirth/Christa Johannsen: Die literarische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete – Eine demographische Untersuchung –
- 16 Prof. Dr. Johannes Leipoldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO – die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- \*21 Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik – Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Kampf um den Sieg des Sozialismus
- 22 Zehn Jahre DDR – zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- \*25 Prof. Dr. Rudolf Ritan: Josef L. Hromádka – Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika – Einige seiner Probleme

## Hefte aus Burgscheidungen

---

Hans Zillig

## Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft

1961

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU  
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der  
Christlich-Demokratischen Union

## Inhalt

I. Grundton der Gemeinsamkeit .....	5
II. Der historische Weg.....	7
1. Das Bündnis .....	7
2. Bodenreform .....	9
3. Die Entwicklung und ihre Schranken .....	10
III. Sozialistischer Beginn .....	12
1. Der westdeutsche Irrweg .....	12
2. Gesprengte Schranken .....	13
3. Das Ja der Christen .....	14
IV. Tödliche Bonner Perspektive .....	17
V. Bauernentscheid für den Frieden .....	22
1. Notwendigkeit .....	22
2. Politik und Ökonomie .....	25
VI. Christliche Argumente? .....	27
1. Verlogene Propaganda... ..	27
2. ... und echte Konflikte .....	30
3. Boden christlicher Tat .....	32
VII. Ausblick .....	37

*„Ich glaube aber, daß jede Umgestaltung alter Zeit nicht nur aus dem Verstand, dem Willen und dem Kampf gekommen ist, sondern in erster Linie aus dem Herzen. Dies allein entzündet die Geister, entfacht den Willen und erringt den Sieg.“*

*Walther Rathenau*

### **I. Grundton der Gemeinsamkeit**

In den ersten Tagen des März 1960 stand ein „Wolga“ mit Frankfurter Nummernschild vor einem Haus in Gorstorf bei Rostock. An diesem Tag waren Mitglieder der SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder) zu Gast bei Unionsfreund Erwin Mundt, dem Kreistagsabgeordneten und LPG-Vorsitzenden. Nur wenige Tage vorher hatten die Partei- und Staatsorgane des Bezirkes Rostock in einem Brief an den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, melden können, daß die Landwirtschaft des Bezirkes vollgenossenschaftlich arbeitet, daß alle Bauern sich in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen haben, um besser und leichter zu arbeiten.

Bei dem Christen und bekannten und erfolgreichen Viehzüchter Erwin Mundt holten sich nun Mitarbeiter der Bezirksleitung Frankfurt (Oder) der Partei der Arbeiterklasse Rat, um in ihrem Heimatbezirk besser wirken, überzeugender argumentieren zu können. Am 4. März 1960 berichtete das „Neue Deutschland“, das Zentralorgan des ZK der SED, in seinem Leitartikel von diesem Gespräch in Gorstorf, behandelte es die Konflikte und Schwierigkeiten, die es auch in diesem Ort bis zum Zusammenschluß aller Bauern zu überwinden galt, brachte es gute Ratschläge, wie den Bauern beim Übergang zur sozialistischen Landwirtschaft zu helfen ist. Der Leitartikel trug als Überschrift den Namen unseres Unionsfreundes, „Erwin Mundt“, und er schlug den Ton an, der die sozialistische Umgestaltung in der ganzen Republik beherrschte: den Grundton der Gemeinsamkeit aller friedliebenden und demokratischen Kräfte.

Die Frankfurter konnten bald auch von ihrem Bezirk den hundertprozentigen Zusammenschluß aller Bauern in LPG melden. Der frische Luftzug aus dem ersten vollgenossenschaftlichen Bezirk der Deutschen Demokratischen Republik,

aus Rostock, war inzwischen zu einem lebensvollen Frühlingssturm geworden. Er brauste über die Dörfer unserer Republik, erfaßte die Herzen und den Verstand der Bauern und half ihnen den Weg zur gemeinsamen Arbeit finden. Die Arbeiterklasse und alle Kräfte der Nationalen Front leisteten ihnen dabei kameradschaftliche Hilfe.

Als die Osterglocken des Jahres 1960 läuteten, war die erste Phase auf dem Weg zur sozialistischen Landwirtschaft vollendet: die Klasse der Genossenschaftsbauern in der Deutschen Demokratischen Republik schloß alle Bauern in sich ein. Der bedeutendste historische Schritt in der Geschichte der Bauernbefreiung war vollzogen. Das war die klare Entscheidung für unsere Republik, für den Aufbau des Sozialismus, das war ein Volksentscheid der Bauern für den Frieden.

Diese Entscheidung fällten auch ungezählte Bauern, die sich zum christlichen Glauben bekennen. Viele von ihnen hatten den Weg zur Genossenschaft schon Jahre vorher gefunden.

Heute, nach einem Jahr vollgenossenschaftlicher Arbeit, ist es nützlich, noch einmal die Grundlagen dieser Entscheidung zu untersuchen, Rechenschaft abzulegen über ihre konsequente Verwirklichung und daraus Schlußfolgerungen zu ziehen für die künftigen Aufgaben. Ist es doch notwendig, daß die Lebendigkeit dieser Entscheidung reiche Früchte für die Genossenschaftsbauern, für die Werktätigen unserer Republik wie für das ganze deutsche Volk bringt.

Es hat seitens der Gegner unserer Republik, denen der Mißbrauch des christlichen Glaubens für ihre gefährlichen politischen Zwecke zur täglichen Gewohnheit geworden ist, nicht an „christlichen Argumenten“ gegen die sozialistische Landwirtschaft gefehlt. Sie entstammen im wesentlichen dem Arsenal, das in umfassender Weise Christentum gegen Sozialismus auszuspielen versucht. Gerade die Februarwochen des Jahres 1961 aber mit der bedeutsamen Unterredung zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, und einer Delegation christlicher Bürger unter Leitung von Prof. D. Emil Fuchs haben erneut Klarheit geschaffen und unterstrichen: Christen und Sozialisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale, und bei voller gegenseitiger Achtung ihrer unterschiedlichen weltanschaulichen Auffassungen arbeiten sie gemeinsam am Wohlergehen und friedvollen Leben des Volkes. Das gilt für den gesamten Bereich des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens in unserer Deutschen Demokratischen Republik und ist eine der wichtigsten Grundlagen für die Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte.

Ist es also müßig, nach der Stellung der Christen in der sozialistischen Landwirtschaft zu fragen? Das käme einer unerlaubten Vereinfachung gleich; denn wie der Christ seine Stellung in der Gesellschaft nicht allein den äußeren Bedingungen nach, sondern entsprechend seiner Glaubensauffassung gestaltet, so ist im einzelnen auch der Weg des christlichen Bauern zur neuen Form in der Landwirtschaft neben den allgemeinen politisch-ökonomischen Gründen noch von besonderen, aus seinem Glauben bestimmten Motiven getragen und von spezifischen Konflikten gekennzeichnet.

Von diesem Ausgangspunkt her soll deshalb im folgenden versucht werden, den Weg zur sozialistischen Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik sowohl in seinem Ablauf wie in seiner ökonomischen und geistigen Notwendigkeit darzustellen. Es ergibt sich aus der historischen Bedeutung dieses Weges, daß dabei die Lage der Bauern in Westdeutschland zum ständigen Vergleich herausfordert. Es wird zu untersuchen sein, in welchem Teil Deutschlands christliche Existenz nicht allein verfassungsmäßig garantiert ist, sondern wirklich gelebt werden kann — auch unter den Bedingungen der mechanisierten Großflächenwirtschaft auf dem Lande.

## II. Der historische Weg

### 1. Das Bündnis

In der Regierungserklärung über die Entwicklung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, am 25. April 1960 vor der Volkskammer abgab, heißt es unter anderem:

„Die geschichtliche Bedeutung des Übergangs aller Bauern zur genossenschaftlichen Arbeit in der LPG besteht darin, daß nunmehr auch in der Landwirtschaft die Grundlagen des Sozialismus gelegt sind. Damit ist in der Deutschen Demokratischen Republik die Befreiung der Bauern beendet.“<sup>1)</sup>

Es war ein weiter Weg bis dahin gewesen. Die deutschen Bauern haben ihn in mehreren hundert Jahren ständigen Kampfes gegen ihre Unterdrückung zurückgelegt. An seinem Anfang stehen die Bauernerhebungen des ausgehenden Mittelalters, die zu einem nicht geringen Teil von christlich-religiösen Motiven getragen waren. Befreiung von der ökonomischen Unterdrückung, den Fronen und der Leibeigenschaft auf der einen, Reform der Kirche an Haupt und Gliedern auf

<sup>1)</sup> Regierungserklärung über die Entwicklung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, „Neues Deutschland“, Ausgabe A, vom 26. 4. 1960, S. 3

der anderen Seite — das waren in jener Zeit der Verbindung geistlicher und weltlicher Macht zwei sich gegenseitig bedingende, voneinander abhängige Forderungen.

Mit dem spezifisch preußisch-deutschen Weg des Einzugs der kapitalistischen Landwirtschaft ist ein weiterer bedeutender Abschnitt in der Geschichte der deutschen Bauern markiert. Er ist gekennzeichnet vom Wachsen des junkerlichen Großgrundbesitzes auf kapitalistischer Grundlage — die juristische Freiheit der Bauern von der Leibeigenschaft verwandelt sich unter den Bedingungen der gemeinsamen Herrschaft von Bourgeoisie und Junker in eine nicht minder grausame ökonomische Abhängigkeit des Klein- und Mittelbauern von dem Großbauern und Großgrundbesitzer. Der Einzug des Kapitalismus in die Landwirtschaft, der das feudale preußische Junkertum nicht beseitigte, sondern es in neuen Formen weiter herrschen ließ, brachte so ein Massensterben des bäuerlichen Familienbesitzes, war die Grundlage für ein unverhülltes und brutales Bauernlegen zugunsten der Junker.

Die Entwicklung der bäuerlichen Landwirtschaft wurde auch unter kapitalistischen Bedingungen von feudalen Fesseln gehemmt. Millionenbeträge mußten die Bauern an die ehemaligen Grundherren, die sich nunmehr Gutsbesitzer nannten, als sogenannte Ablösegeelder entrichten. Mit der fortschreitenden kapitalistischen Entwicklung wuchs und erstarkte die Arbeiterklasse im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, erkannten damals als erste die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiterklasse und der Klasse der werktätigen Bauern, begründeten wissenschaftlich die Notwendigkeit eines engen Kampfbündnisses unter der Führung der Arbeiterklasse gegen Junker und Großkapitalisten.

Die Revolution 1917 im zaristischen Rußland sollte später am praktischen Beispiel beweisen, wie die Arbeiterklasse nur im Bündnis mit den Bauern siegreich die Schaffung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse in Angriff nehmen kann. Die spätere Entwicklung der Landwirtschaft in der Sowjetunion wie der anderen sozialistischen Länder zeigte andererseits, daß die Bauern nur mit Hilfe der im Klassenkampf erfahrenen Arbeiter darangehen können, ein besseres Leben für sich aufzubauen und die Früchte des Feldes wie den Ertrag aus der Viehzucht zum Nutzen des ganzen Volkes zu mehren.

## 2. Bodenreform

Seinen bis dahin beweiskräftigsten Ausdruck fand dieses Bündnis in Deutschland nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus in der demokratischen Bodenreform. Mit der entschädigungslosen Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer, jener Kräfte, die mitverantwortlich waren für das Zustandekommen des zweiten Weltkrieges, und der Aufteilung des Bodens unter die Landarmen und Landarbeiter fand in Deutschland der Prozeß der Bauernbefreiung einen Höhepunkt.

Die Forderungen der Landarmen und Landarbeiter nach eigenem Grund und Boden wurden durch die Entmachtung der ärgsten Feinde und Ausbeuter der werktätigen Einzelbauern verwirklicht. Gleichzeitig schuf die Bodenreform nicht nur die ökonomischen Grundlagen zur Vollendung der Bauernbefreiung, sondern beseitigte mit der Vertreibung der Junker die Wurzeln der reaktionären Vergangenheit in Deutschland auf dem Lande. Damit wurde ein historisches Werk von hoher nationaler Bedeutung vollbracht — einer der ersten großen Schritte auf dem Wege zu einem friedlichen, demokratischen Deutschland.

Die Schaffung von über 200 000 Neubauernbetrieben war aber auch der Grundstock für einen schnellen Wiederaufbau der Landwirtschaft, für die rasche Steigerung der Produktion. Der Boden war Eigentum derer, die ihn bebauten, und das sicherte seine volle Bearbeitung. Das war ein neues Beginnen, ein Akt historischer Gerechtigkeit, zugleich die Garantie für die Überwindung der ungeheuren Not, die in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus, nach der Zerstörung unermeßlicher geistiger und materieller Werte herrschte.

In den „Agrarpolitischen Leitsätzen“, die die Christlich-Demokratische Union in der DDR auf ihrem 6. Parteitag annahm, wurde dieser Abschnitt in der Geschichte der deutschen Bauern wie folgt charakterisiert:

„Die Durchführung der demokratischen Bodenreform nach Beendigung des verbrecherischen Hitlerkrieges war die Verwirklichung eines geschichtlich längst notwendig gewordenen Aktes. Durch sie wurde ein altes an der Bauernschaft begangenes Unrecht wiedergutmacht, eine grundlegende Umkehr von den früheren verhängnisvollen politischen und ökonomischen Machtverhältnissen auf dem Dorfe erzielt, die Volksernährung gesichert, der planmäßige Wiederaufbau ermöglicht und Zehntausenden von Umsiedlern und Landarbeitern Existenz und Heimat geschaffen. Die Bedeutung der demokrati-

schen Bodenreform besteht in der Entmachtung des Großgrundbesitzes und in der damit verbundenen Schaffung eines umfangreichen bäuerlichen Privateigentums in der Form von insgesamt 210 000 Neubauernbetrieben.<sup>42)</sup>

### 3. Die Entwicklung und ihre Schranken

Auf der politischen und ökonomischen Basis der Bodenreform entwickelte sich mit Unterstützung der verbündeten Arbeiterklasse, gefördert durch umfangreiche Hilfe der Regierung, insbesondere durch das Neubauernprogramm, sehr rasch die Landwirtschaft in der damaligen sowjetischen Besatzungszone. Trotz größter Anfangsschwierigkeiten konnten bereits 1950 die Friedenserträge in fast sämtlichen pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen erreicht und überschritten werden.

Eine bedeutende Hilfe kam dabei von der befreundeten Sowjetunion, die im März 1949 mit dem Geschenk von 1000 Traktoren und 540 Lastkraftwagen mit Anhängern eine wahre Freundschaftstat vollbrachte. Die Regierung des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates half vor allem durch die Bildung der Maschinen-Ausleih-Stationen, der späteren Maschinen-Traktoren-Stationen. Sie ermöglichten zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Bauern, daß auch kleine und mittlere Betriebe die moderne Technik in Form von Maschinen, Traktoren und Geräten anwenden konnten. Weiter wurden umfassende Voraussetzungen geschaffen, um moderne wissenschaftliche Erkenntnisse in der Landwirtschaft anzuwenden und die fachlichen Kenntnisse der Bauern zu vermehren. Im Zusammenhang damit entwickelte sich dank der Bereitstellung umfangreicher Mittel seitens der Regierung ein beachtliches kulturelles Leben auf dem Dorf, wie es unter der Herrschaft des junkerlichen und kapitalistischen Großgrundbesitzes undenkbar war.

Diese Voraussetzungen schufen auf dem Lande ein neues Leben; die Bauern waren frei geworden von Absatzschwierigkeiten, Krisen, Konkurrenz der Großgrundbesitzer und der damit verbundenen Ausbeutung der Kleinbauern und Landarmen. Die werktätigen Einzelbauern erkannten mehr und mehr die Richtigkeit des demokratischen Weges in der Landwirtschaft und wurden davon überzeugt, daß sie im 1949 gegründeten ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat ihre echte Heimat gefunden hatten.

<sup>42)</sup> „Agrarpolitische Leitsätze der CDU“, beschlossen vom 6. Parteitag 1952

Die rasche Entwicklung der Wirtschaft im ersten deutschen Friedensstaat zeichnete sich auch auf dem Lande deutlich ab. So waren bereits 1951, wie schon erwähnt, friedensmäßige Ergebnisse erzielt worden. In diesem Stadium der Entwicklung zeigte sich jedoch, daß das Wachstum der Landwirtschaft nicht Schritt hielt mit dem der Industrie. Das ist verständlich, wenn man sich die sozialökonomische Struktur jener Jahre in Stadt und Land ansieht.

In der Industrie war bereits der volkseigene Sektor von ausschlaggebender Bedeutung. Hier herrschte die sozialistische Produktionsweise vor mit all ihren Vorzügen der Konzentration und Kooperation, der rationellen Anwendung moderner Technik und dem gewachsenen Bewußtsein der Werktätigen. Auf dem Lande dagegen gab es, abgesehen von dem relativ geringen Anteil der volkseigenen Güter, ausschließlich private Bauernhöfe, die auf der Basis der kleinen Warenwirtschaft produzierten und verkauften. In der Landwirtschaft dominierten in diesen Jahren das Kleineigentum und die damit verbundene Ich-Bezogenheit des Denkens, des Bewußtseins.

Selbstverständlich gab es dennoch eine große Zahl von Bauern, die ihre Arbeit nicht vom egoistischen Standpunkt betrachteten, sondern sie als Auftrag der Gesellschaft ansahen. Viele Bauern, wie der verstorbene Meisterbauer und Volkskammerabgeordnete Unionsfreund August Hillebrand aus dem Kreis Meißen, waren sich ihrer großen Verantwortung im Dienste der Ernährung des Volkes vollauf bewußt. Ihr Ringen um eine Erhöhung der Hektarerträge, um eine intensive Viehwirtschaft, um die Anwendung der modernen Technik und der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse konnten die Grenzen der kleinen Warenwirtschaft, der individuellen Bauernwirtschaft nicht überschreiten. Ihre von hohen humanistischen und echt christlichen Motiven getragenen Gedanken wurden von den Schranken der veralteten Produktionsweise aufgehalten.

Gewiß, es bildeten sich in dieser Zeit ständige Arbeitsgemeinschaften von Einzelbauern, in denen gegenseitige Hilfe auf verschiedenen Gebieten zu einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität beitrug. Die Regierung unterstützte diese Bemühungen, indem sie den ständigen Arbeitsgemeinschaften eine Senkung der MAS-Gebühren um 10 Prozent zuerkannte. Die Grenzen des kleinen individuellen Ackers, ihre Beschränkungen für die Anwendung der Technik waren damit jedoch nicht überwunden. Zu dem Widerspruch zwischen der sich rasch entwickelnden modernen Industrie und der demgegen-

über zurückgebliebenen Landwirtschaft kam ein weiterer hinzu: der Widerspruch zwischen der modernen Landtechnik und ihrer begrenzten Anwendungsmöglichkeit im einzelbäuerlichen Betrieb. Diese Widersprüche drängten immer stärker nach einer Lösung.

### III. Sozialistischer Beginn

#### 1. Der westdeutsche Irrweg

Viele, auch christliche Bauern stellten sich 1951/52 die Frage nach dem Ausweg aus den Schranken der individuellen Bauernwirtschaft, und dies um so mehr, als sie sahen, wie in Westdeutschland eine Bauernpolitik betrieben wurde, mit deren Hilfe sich die alten junkerlichen Kräfte wieder an die Spitze in der Landwirtschaft setzten. Dort waren die gefährlichen Überreste des deutschen Imperialismus und Militarismus, die schon 1945 nicht mit Stumpf und Stiel ausgerottet worden waren und unter dem Schutz der westlichen Besatzungsmächte überwintert hatten, inzwischen wieder ans Tageslicht getreten und bestimmten wie vor 1945 wesentlich die politische Entwicklung. Mit ihnen regierten genau jene Kräfte, die Deutschland schon zweimal in einen Weltkrieg gestürzt hatten, mit ihnen regierten auf dem Lande wieder die Junker und Großgrundbesitzer, die sich schon vor dem Krieg als die ärgsten Feinde der werktätigen Bauern gezeigt hatten.

Damit war auf der einen Seite eine akute Gefahr für den Frieden in Deutschland und der Welt entstanden. Auf der anderen Seite wurde schon in diesen Jahren demonstriert, was heute offizielles Agrarprogramm der Bonner Regierung ist: ein Bauernlegen in bisher ungekanntem Ausmaß, in zivilisierteren Formen zwar, aber um so herzloser, eine mit ökonomischen Mitteln betriebene Vernichtung der kleinbäuerlichen Existenzen zugunsten des Großgrundbesitzes. Mit brutaler Offenheit zeigte dieser Weg, daß Intensivierung der Landwirtschaft, Großraumwirtschaft unter kapitalistischen Verhältnissen nicht dem Streben nach besserer und billigerer Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, sondern dem Streben nach Profit entspringt. Das, was eigentlich den Menschen zum Segen gereichen sollte — die moderne Landtechnik und die Anwendung der agrarwissenschaftlichen Erkenntnisse —, wird auf diese Weise zum Fluch für Hunderttausende von einstmals in ihrer Existenz gesicherten Bauern.

Angesichts dieser antihumanistischen Entwicklung reifte in vielen Bauern die Erkenntnis, daß ein solcher Irrweg für uns

ungangbar ist und daß die Großraumwirtschaft nur auf sozialistischer Grundlage zum Nutzen des Volkes aufgebaut werden kann. Es war notwendig, mit der sozialistischen Umgestaltung auf dem Lande den Aufbau des Sozialismus in der gesamten Volkswirtschaft, im gesamten Leben der Deutschen Demokratischen Republik zu fördern.

Das konnte nicht allein eine ökonomische Aufgabe sein. Das war zugleich eine entscheidende politische Frage. Das Wiedererstehen des deutschen Militarismus in Westdeutschland erforderte, alles zu unternehmen, um die Kräfte des friedliebenden, demokratischen Deutschlands, um die Deutsche Demokratische Republik zu stärken.

#### 2. Gesprengte Schranken

Im Juli 1952 beschloß die II. Parteikonferenz der SED den planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR; darin einbezogen war die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft. Damit trug die Partei der Arbeiterklasse der historischen Entwicklung Rechnung und entsprach dem Wunsch zahlreicher Einzelbauern, die in Briefen an die Parteikonferenz den genossenschaftlichen Zusammenschluß ihrer Höfe vorgeschlagen hatten. In diesen Briefen kam zum Ausdruck, daß die kleinen Flächen nur unrationell von den Maschinen der MAS bearbeitet werden konnten. Das drückte den Widerspruch zwischen dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsweise in der Landwirtschaft aus.

So sind es in erster Linie zwei Gesichtspunkte, aus denen heraus die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft notwendig wurde:

1. der ökonomische Widerspruch zwischen den gestiegenen Forderungen an die Landwirtschaft, der vorhandenen neuen Technik und den reichen agrarwissenschaftlichen Erkenntnissen auf der einen, den begrenzten Produktionsmöglichkeiten in den zersplitterten Einzelwirtschaften auf der anderen Seite;
2. die nationale Forderung, durch den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik Industrie und Landwirtschaft noch wirksamer, noch überlegener gegenüber der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im aggressiven Bonner Staat zu gestalten und auf diese Weise die DDR noch überzeugender als Heimat aller friedliebenden und demokratischen Kräfte in Deutschland hervortreten zu lassen.

Vor nunmehr neun Jahren entstanden auf dieser Grundlage die ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die Keime zur völligen sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR. Das war eine folgerichtige Fortführung der demokratischen Bodenreform, ein neuer Abschnitt auf dem Wege zur vollendeten Bauernbefreiung. Mit der Bodenreform hatten die Bauern das Land in ihre eigenen Hände genommen, mit dem Zusammenschluß zu Genossenschaften begannen sie, dieses Land auf neue, bessere Weise zu bebauen. Das gemeinsame Arbeiten gab ihnen nun die Möglichkeit, die Schranken der kleinen Warenwirtschaft zu sprengen und den wachsenden Bedürfnissen unserer Bevölkerung an landwirtschaftlichen Erzeugnissen Rechnung zu tragen.

Nun war der Weg frei für die volle Ausnutzung der Technik und der Wissenschaft, nicht nach Maßgabe des erreichbaren Profits, sondern entsprechend der Forderung nach höchsten Erträgen für die Ernährung des Volkes. Zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Bauern war der Weg frei für die volle Entfaltung ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse, für deren ungehinderte Entwicklung und Erweiterung. Der Boden gehört jenen, die ihn bestellen; und die ihn bebauen, tun es gemeinsam so, daß sie seinen vollen Reichtum sinnvoll ausnutzen zum Wohle des ganzen Volkes. Das Vieh gehört denen, die es füttern und aufziehen, und sie sorgen gemeinsam, daß Fleisch und Milch in ausreichender Menge und guter Qualität erzeugt werden, um den wachsenden Bedarf der Menschen in Stadt und Land befriedigen zu können.

War damit zugleich nicht eine Forderung christlichen Glaubens und Handelns erfüllt? Seit Menschengedenken war gegen die Gerechtigkeit verstoßen worden, weil die Erzeugnisse von Stall und Feld nicht denen gehörten, die sie erarbeitet hatten; seit Jahrhunderten waren bäuerliche kleine Warenproduktion und Kapitalismus ein Hindernis für die volle Entfaltung der Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Produktion. Jetzt, unter den Bedingungen der genossenschaftlichen Arbeit, sind diese Schranken beseitigt, können die Früchte der Felder, die Ergebnisse der Viehhaltung kontinuierlich vermehrt werden zum Nutzen der Menschen.

### 3. Das Ja der Christen

Von vielen christlichen Bauern wurde aus den obengenannten Gründen der genossenschaftliche Zusammenschluß von werktätigen Einzelbauern und Landarbeitern in den ersten

Jahren ab 1952 richtig gewertet und unterstützt. Dementsprechend nahm auch die Christlich-Demokratische Union in ihren Agrarpolitischen Leitsätzen vom 18. Oktober 1952 zu den neugegründeten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wie folgt Stellung:

„Bei dem Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik kommt der Bildung von Produktionsgenossenschaften auf freiwilliger Grundlage und deren Ausbau sowie deren Unterstützung durch alle für die Landwirtschaft zuständigen Stellen große Bedeutung zu. Der freiwillige Zusammenschluß in Produktionsgenossenschaften und die damit verbundene gemeinsame Bestellung des Bodens gewährleistet erst die volle Ausnutzung einer ständig verbesserten Mechanisierung, die unseren werktätigen Bauern, insbesondere aber unseren schwer arbeitenden Bäuerinnen diejenige fühlbare Erleichterung bringt, so daß sie in weitaus stärkerem Maße am gesellschaftlichen und kulturellen Leben des Volkes teilnehmen können.“<sup>3)</sup>

Mit einer Entschließung zur Bildung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften hatte zuvor am 7. August 1952 die Arbeitsgemeinschaft Land- und Forstwirtschaft des CDU-Hauptvorstandes in einer Konferenz mit werktätigen Bauern, die der CDU angehörten, die Bildung von LPG begrüßt. Dabei wurde unter Punkt 6 gesagt:

„Der freiwillige Zusammenschluß in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist ein bedeutender Schritt vorwärts auf dem Wege des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritts, der die jahrhundertalte Rückständigkeit des Dorfes beseitigt und unseren werktätigen Bäuerinnen und Bauern sowie unseren Landarbeitern die Möglichkeit für neue und größere Erfolge, für ein Leben in Glück und Wohlstand erschließt.“<sup>4)</sup>

Es ist nicht uninteressant, wenn heute festgestellt werden kann, daß in den Anfangsjahren der genossenschaftlichen Arbeit auf dem Lande im Mittelpunkt der sich daran entfachenden Diskussionen, aber auch im Zentrum der darauf bezüglichen Entschließungen der CDU die ökonomischen, sozialen und kulturellen Fragen standen. In den Jahren nach 1952 gab es nur in außerordentlich geringem Maße sogenannte „christliche Argumente“ gegen die LPG. Das ist offensichtlich auch darauf zurückzuführen, daß die Bedeutung der damit beginnenden Umwälzung des Lebens und Arbeitens auf dem Lande noch nicht voll in das Bewußtsein aller Bauern gerückt war

<sup>3)</sup> a. a. O.

<sup>4)</sup> a. a. O.

und die Feinde unserer Friedensarbeit die Gefahr, die ihnen durch die weitere Stärkung des Sozialismus in der Landwirtschaft der DDR drohte, noch nicht ganz erkannt hatten. Diese Erscheinung ist als ein Beweis dafür zu werten, daß erst einige Jahre später, im Zeichen der vollen sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, die Gegner einer friedlichen und demokratischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik in wachsendem Maße weltanschauliche Probleme in den Vordergrund zu stellen versuchten, um auf diese Weise einen Keil in das Bündnis von Arbeiterklasse und werktätigen Bauern zu treiben. Zu diesen Versuchen wird an anderer Stelle mehr zu sagen sein.

Die ersten Jahre des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus auf dem Lande waren nicht frei von Schwierigkeiten. Fast täglich entstanden neue Genossenschaften, immer mehr Bauern schlossen sich der jungen Genossenschaftsbewegung an. Viele Probleme traten auf, neue Formen der Arbeitsorganisation mußten gefunden, zahlreiche agrarrechtliche Fragen geklärt werden. Mit Hilfe der Arbeiterklasse, der Regierung, der Wissenschaft und aller Kräfte der Nationalen Front wurden die Probleme gelöst. Vorbereitung und Durchführung der großen LPG-Kongresse, von der ersten Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im Dezember 1952 bis zum VI. Deutschen Bauernkongreß im Dezember 1960, gaben auf alle Fragen eine klare Antwort.

Immer mehr fühlten sich die Genossenschaftsbauern nicht nur für ihre unmittelbare Arbeit, sondern für die gesamte Entwicklung ihrer Genossenschaft verantwortlich. Immer besser gelang es, alle Mitglieder, einschließlich der Frauen und Jugendlichen, in die Organisation und Leitung ihrer LPG einzubeziehen. Es entwickelte sich eine neue Einstellung zur Arbeit, zum genossenschaftlichen Eigentum. So konnten die Schwierigkeiten überwunden werden, und immer mehr Genossenschaften entwickelten sich zu gefestigten sozialistischen Musterbetrieben der Landwirtschaft mit hoher Marktproduktion und Arbeitsproduktivität.

Keinem der Bauern und Landarbeiter ist dieser Umerziehungsprozeß leichtgefallen. Auf dem 7. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union 1954 in Weimar gab die Genossenschaftsbäuerin Unionsfreundin Hillebrand, die Witwe des 1953 verstorbenen Meisterbauern, ein anschauliches Bild vom schweren Ringen der ersten Jahre um eine gut arbeitende Genossenschaft. Sie berichtete davon, wie das Neue in den Be-

sitzverhältnissen zunächst nicht wahrgenommen wurde, und davon, wie die durch ungünstige Witterung eingetretenen Schwierigkeiten mit Hilfe der Regierung, mit der Unterstützung der Arbeiterklasse überwunden wurden. Erste Schulungen ließen die Zusammenhänge von Politik und Ökonomie erkennen, und die jungen Genossenschaftsbauern fühlten sich, wie es im Diskussionsbeitrag von Unionsfreundin Hillebrand heißt,

„auf einmal irgendwie geborgen und betreut, und wenn auch im Anfang noch zögernd, aber dann doch langsam.. vollzog sich die Wandlung... Mit offenen Augen kritisierten sie jetzt die Mängel und Nachlässigkeiten...“, verfolgten das Heranwachsen und Gedeihen ihrer Entwicklung mit kritischer Aufmerksamkeit. Es ist nun deutlich zu spüren, wie sie voranschreiten, ihr Land in ihre eigenen Hände nehmen und wie sie auch aufnahmebereit für das Neue unserer modernen Agrarwissenschaft sind.“

Und Unionsfreundin Hillebrand betonte am Ende ihrer mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Worte:

„Gerade wir als Christen und Mitglieder einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft haben die Verpflichtung, einen vorbildlichen gemeinschaftsbildenden Beitrag zu leisten.“<sup>5)</sup>

#### IV. Tödliche Bonner Perspektive

Nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten in den ersten Jahren entwickelte sich der genossenschaftliche Sektor in der Landwirtschaft der DDR sehr bald und zeigte seine ökonomische Überlegenheit gegenüber der individuellen Wirtschaft. Gleichzeitig wuchs die Deutsche Demokratische Republik zu einer bedeutenden Industriemacht heran.

In Westdeutschland dagegen vertiefte sich zur gleichen Zeit die Herrschaft des Imperialismus, verstärkten die Kräfte des Militarismus und des politischen Klerikalismus ihre Positionen und machten die Bonner Bundesrepublik zu einem für ganz Europa gefährlichen Heerlager der atomaren Aufrüstung. Mit den steigenden Rüstungsausgaben wuchsen die Belastungen für die westdeutsche Bevölkerung, wurde auch die Lage der westdeutschen Klein- und Mittelbauern immer komplizierter.

Jährlich verabschiedet der Bonner Bundestag in Gestalt des „Grünen Plans“, der Grundlage der Bonner Agrarpolitik,

5) 7. Parteitag Weimar 1954, 22.—25. September, Bericht, herausgegeben von der Parteilitung der Christlich-Demokratischen Union, Berlin 1955, S. 306

das Todesurteil für hunderttausende Bauernexistenzen. Auf diese Weise entwickelte sich nicht allein die kapitalistische Großbrauwirtschaft, es wurde auch der Boden bereitet für weitere verhängnisvolle politische Pläne. Das Klassenbündnis von Großkapitalisten und Großgrundbesitzern, schon zweimal für Deutschland Ausgangspunkt lebensbedrohender Katastrophen, trat erneut in Aktion.

Diese Entwicklung begann bereits mit der Verhinderung der Bodenreform in den ersten Nachkriegsjahren. In fünf Ländern der westlichen Besatzungszonen waren zwar „Bodenreformgesetze“ erlassen worden, aber von den damit erfaßten 500 000 Hektar Land wurden nur 42 000 besiedelt, und zwar keineswegs entschädigungslos: Wie die „Frankfurter Rundschau“ vom 13. Februar 1950 berichtete, waren für eine Bauernstelle 30 000 bis 50 000 D-Mark zu zahlen. Auf diese Weise blieb schon bis 1949 die Struktur der Betriebsgrößen in der westdeutschen Landwirtschaft annähernd die gleiche wie vor dem Krieg: 57,7 Prozent der Bauernhöfe bis 5 Hektar bewirtschafteten 11,2 Prozent des Bodens, während die Großbetriebe und Großgrundbesitz ab 20 Hektar 57,9 Prozent der Bodenfläche bearbeiteten.

Diese Zahlen zeigen, daß sich in der Klassenstruktur der Landwirtschaft in Westdeutschland gegenüber den Vorkriegsjahren nichts geändert hatte. Heute, zehn Jahre später, haben allerdings „Grüner Plan“ und Hallsteinplan für eine gründliche Wandlung entgegen den Interessen der Klein- und Mittelbauern gesorgt. In brutaler Offenheit zeigte das der „Grüne Bericht 1961“, in dem konstatiert wurde, daß die Zahl der Betriebe von 0,5 bis 10 Hektar von 1949 bis 1960 um rund 364 000, also um 23 Prozent, abnahm; gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Betriebe von 10 bis 100 Hektar um 40 000. Die großbürgerliche Hamburger „Welt“ stellte am 6. Dezember 1960 fest:

„Die ersten Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1960, die das Kieler Statistische Landesamt jetzt vorlegt, deuten auf eine starke Konzentration der landwirtschaftlichen Betriebe in den mittleren und größeren Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche. In Schleswig-Holstein ist die Zahl der Betriebe und Nebenerwerbsstellen mit mehr als 0,5 Hektar Nutzfläche von 65 300 im Jahre 1949 um 10,5 Prozent auf 58 400 zurückgegangen. Die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche blieb dagegen unverändert. Am stärksten hat die Zahl der Betriebe von 100 bis 150 Hektar zugenommen, nämlich um rund 26 Prozent. Für das gesamte Bundesgebiet ist mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen.“

Das ist die nüchterne Bestandsaufnahme der Vertreter des Monopolkapitals über die Erfolge ihrer bauernfeindlichen Agrarpolitik!

Dabei haben sich die Methoden des Bauernlegens zweifellos gegenüber den alten Zeiten des Frühkapitalismus geändert. Der Bauer wird nicht mit materieller Gewalt vom Hof gejagt, sondern mit dem „sanfteren“ Druck des Konkurrenzkampfes. „Flurbereinigung“, Preispolitik zugunsten der Importe aus den Verpflichtungen der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“, steigende Preise der landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen bei abnehmenden Erzeugerpreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse — das sind die Methoden des „Strukturwandels“, der wachsenden Verschuldung der westdeutschen Klein- und Mittelbauern.

Unter diesen Umständen kann auch der mit viel Propagandaaufwand verkündete „Grüne Plan“ für 1961 nichts an der wachsenden Unruhe der Bauern in der Bundesrepublik ändern. Vielmehr entlarven seine einzelnen Positionen selbst die Ziele der Bonner Agrarpolitik. Um fast 200 Millionen steigen die „Aufwendungen“ der Bonner Regierung für die Landwirtschaft — nach außen hin eine werbeträftige Aufmachung angesichts der Bundestagswahlen im Herbst 1961. In Wirklichkeit aber werden rund 550 Millionen D-Mark an staatlichen Mitteln für die Durchführung des Strukturprogramms, wie man in Bonn das moderne Bauernlegen schamhaft umschreibt, verwendet, ganz abgesehen davon, daß ja auch die anderen Positionen des Grünen Planes in der Hauptsache nur den größeren Betrieben zugute kommen und keine echte Hilfe für die Klein- und Mittelbauern darstellen.

Allein für den sogenannten „Strukturwandel“ stehen 89 Millionen D-Mark zur Verfügung. Weitere 70 Millionen dienen zur Auffüllung der bankrotten Alterskassen, und 45 Millionen D-Mark sind für die dringend notwendige Erhöhung des Subventionsfonds für Milch vorgesehen. Eine Verbesserung? — kaum, nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein, denn die Subventionen für Milch, Handelsdünger und verbilligten Kredit sind zu gering, um den Bauern eine wirksame Hilfe zu geben. Trotzdem wurden diese 45 Millionen durch die Streichung von 59 Millionen Mark bisheriger Beihilfen für die Verbilligung des Handelsdüngers, der Tierseuchenbekämpfung und der Kredite wieder mehr als zurückgenommen.

Es ist hier nicht der Ort, um ausführlich auf die Preispolitik im Zusammenhang mit den überhöhten landwirtschaftlichen Importen entsprechend den EWG-Verpflichtungen einzugehen. Mit Hilfe dieser Verpflichtungen handelt sich die Bonner

Bundesrepublik die Unterstützung ihrer EWG-Partner bei der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr ein — die Bauern haben in erster Linie die Kosten dafür zu tragen. Diese Kosten belaufen sich auf 275 Millionen D-Mark an Preiseinbußen. Es wäre allerdings optimistisch, zu glauben, daß diese niedrigen Preise den Verbrauchern zugute kämen. Steigende Preise bei den Nahrungsmitteln in Westdeutschland beweisen vielmehr, daß in diesem Falle die Warenhauskonzerne das Geschäft machen, die dank ihrer rücksichtslos gebrauchten ökonomischen Macht eine Erhöhung der Handelsspannen erwirken konnten.

Es könnte eingewendet werden, daß bei aller Kritik am „Grünen Plan“ eine Reihe von Subventionen positiv gewertet werden müssen. Aber selbst in dieser Hinsicht haben die Vertreter der Junker und Großgrundbesitzer im Bundestag exakte Arbeit geleistet: die Förderungszuschläge für Milch in Höhe von 3 Pfennig pro Liter wurden durch den um 3,5 Pfennig gesunkenen Auszahlungspreis ausgeglichen. Was die Subventionen für Düngemittel an Vorteilen bewirken, hat der Bauer in Form des um 29 Prozent gestiegenen Frachtpreises wieder zurückzahlen. All diese Rechnungen können für den kleinen und mittleren Bauern in der Bundesrepublik nicht aufgehen — 363 968 ruinierte Bauernexistenzen seit 1949 sind ihr Fazit. Dazu kommen noch mehr als 12 Milliarden Schulden, die auf den westdeutschen Bauern lasten und jährlich 924 Millionen D-Mark Zinsen verschlingen.

Hinter diesen Zahlen steht eine Summe von Elend, Not und Sorge, über die in den westdeutschen Zeitungen allerdings kaum etwas zu lesen ist. Hinter diesen Zahlen steckt der ökonomische Zwang für hunderttausende Bauern, ihre erarbeiteten und ererbten Erfahrungen als Landwirte, ihre Verbundenheit mit der Landwirtschaft, ihre Liebe zu Ackerbau und Viehzucht brachliegen zu lassen und sich als Lohnarbeiter in der Stadt anzusiedeln. Abgesehen von dem schreienden Unrecht, das hier unter dem Deckmantel der landwirtschaftlichen Rationalisierung betrieben wird, vernichtet so die Agrarpolitik Bonns gleichzeitig eine ganze Schicht hochqualifizierter Bauern, trennt diese mit ihrem Beruf tief verwurzelten Menschen von ihrem eigentlichen Lebensinhalt. „Man sollte nicht in Trauer ausbrechen, wenn die Vielzahl der zu kleinen Betriebe in der Bundesrepublik verschwinden“, erklärte Bundesminister Schwarz auf der „Grünen Woche“ 1961 in Westberlin. Deutlicher kann der menschenfeindliche, antihumanistische Charakter der westdeutschen Bauernpolitik nicht zum Ausdruck kommen.

Angesichts dieser Politik ist es Ende 1960, Anfang 1961 zu starken Unruhen unter der westdeutschen Bauernschaft gekommen. Deshalb war das Präsidium des westdeutschen Bauernverbandes unter dem Vorsitz des Großbauernvertreters Rehwinkel gezwungen, mit einigen offenen Worten zur katastrophalen Lage in der westdeutschen Landwirtschaft Stellung zu nehmen, um damit die Wogen zu glätten. Dieses Manöver konnte zwar keineswegs die Unruhen unter den Bauern dämpfen, aber die Kritik der Monopole an der offenen Stellungnahme blieb nicht aus. Bauernverband und Bundesregierung führten ein Scheingefecht aus, das an der tatsächlichen Lage in der westdeutschen Landwirtschaft nichts änderte, aber dennoch einige interessante Schlaglichter auf die Situation warf.

In einem Artikel der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 13. Januar 1961 wurden diese Merkmale besonders deutlich. Mit Entüstung wird in diesem Artikel von dem Wagnis des Bauernverbandes, die Bundesregierung einer bewußt schädlichen Bauernpolitik zu bezichtigen, Kenntnis genommen. Trotzdem heißt es gleich im nächsten Absatz:

„Selbst besonnene Beobachter berichten davon, in welchem Maße sich die Bauern draußen zunehmend Sorgen über ihre Zukunft machen. Solche Sorgen sind verständlich, in mancher Hinsicht sogar berechtigt. Die deutschen Bauern haben zwei Jahre hinter sich, die schwierig waren, und sie haben den Europäischen Markt vor sich, der sie vor neue Schwierigkeiten stellt.“

Nachdem der Verfasser diese Lage klar gekennzeichnet hat, läßt er jedoch die Katze aus dem Sack und erklärt voller Zynismus:

„In der Landwirtschaft sind zwischen 1952 und 1959 etwa eine Million Vollarbeitskräfte abgewandert. Neue Berechnungen von Professor Plate ergeben, daß bei einem angenommenen Wachstum des Sozialprodukts um jährlich etwa 3,4 Prozent in den nächsten fünf Jahren noch einmal eine halbe Million Menschen und in den nächsten 15 Jahren noch einmal eine volle Million Menschen aus der Landwirtschaft abwandern müssen. Der schmerzliche Zwang zur Anpassung mit all seinen tiefen Einbrüchen in das soziale Gefüge der Familienbetriebe geht in erster Linie vom Wirtschaftswachstum aus.“

Nicht die Agrarpolitik der Bundesregierung, nicht die wachsenden Lasten der atomaren Aufrüstung sollen also die Ursache für das Bauernsterben in Westdeutschland sein, sondern das „Wirtschaftswachstum“ an sich! Das ist die verlogene Terminologie der Bonner Agrarpolitik — ganz im Sinne nicht

nur der Agrarkapitalisten selbst, sondern auch im Sinne ihres gefährlichsten politischen Exponenten, des Kriegsministers Strauß. Bekanntlich belegt die Bundeswehr neben dem durch Zwangsräumung frei gemachten Boden einen nicht unbeträchtlichen Teil der durch das „Wirtschaftswachstum“ von den Bauern verlassenen Flächen, um dort Kriegsübungen für die Vorbereitung der Aggression gen Osten abzuhalten.

Ein wirklicher Ausweg, eine reale Möglichkeit zur Rettung der westdeutschen Bauern vor dieser Todesperspektive Bonns ist allein ihr entschiedener Kampf gegen den Kriegskurs und die antinationale Politik ihrer Regierung. Die Kraft der Volksmassen, der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauern und aller anderen demokratischen Kräfte, kann allein eine Wendung auch für das Schicksal der westdeutschen Landwirtschaft erzwingen; die Gemeinsamkeit aller Friedenskräfte in Deutschland wird auch vom Irrweg der westdeutschen Landwirtschaft zu einem wirklichen Ausweg in eine bäuerliche Existenz in Frieden und Demokratie, in sozialer Sicherheit und reicher Entfaltungsmöglichkeit hinführen.

## V. Bauernentscheid für den Frieden

### 1. Notwendigkeit

Der Exkurs in die Agrarpolitik der Bundesregierung und ihre Auswirkungen ist notwendig, wenn man die Entscheidung der Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik für den genossenschaftlichen, den sozialistischen Weg richtig verstehen will. Im Jahre 1959 gab es in Deutschland folgende Ausgangssituation:

Auf dem Boden der beiden deutschen Staaten entwickelten sich zwei entgegengesetzte gesellschaftliche Ordnungen. In der Bonner Bundesrepublik war mit der Vorbereitung von Notstandsverordnungen, mit der Verfolgung aller Friedenskräfte, insbesondere der Gegner der Atomaufrüstung, mit dem Verbot der einzigen Partei, die konsequent die Interessen der westdeutschen Arbeiterklasse vertritt, der Kommunistischen Partei Deutschlands, und demokratischer Massenorganisationen wie des DFD und der FDJ der Ausgangspunkt für eine diktatorische „Ordnung“ des Monopolkapitals geschaffen worden.

Die „christliche“ Verbrämung der volksfeindlichen Ziele, der Mißbrauch des christlichen Glaubens für ihre Propagierung charakterisiert diese Ordnung als einen klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaat. Dieses Regime, in dem Militarismus und Nationalismus eine entscheidende Rolle spielen, bereitet

mit der atomaren Aufrüstung die „Wiedervereinigung“ Deutschlands auf kriegerischem Wege, die Rückeroberung des ehemaligen Besitzes der Monopole und Junker vor. In seiner Politik wird dieser Staat von Tag zu Tag aggressiver.

Im östlichen Teil Deutschlands dagegen hatte sich die Deutsche Demokratische Republik in zielstrebigem Verwirklichung aller Forderungen des Potsdamer Abkommens als echte Heimat der friedliebenden Deutschen entwickelt, als ein Staat, der trotz ungünstiger ökonomischer Startbedingungen zu einer bedeutenden Industriemacht geworden ist, in dem sich der Wohlstand der von Ausbeutung befreiten Werktätigen von Jahr zu Jahr vermehrt.

Die Gegensätze zwischen beiden deutschen Staaten waren und sind infolgedessen ökonomischer wie politischer Natur. Der aggressive Staat der Bonner Militaristen bringt breitesten Kreisen der Bevölkerung, Mittelstand und Landwirtschaft nicht ausgenommen, wachsende Rüstungslasten und steigende Lebenshaltungskosten, während sich im deutschen Friedensstaat systematisch und planmäßig der Lebensstandard der Werktätigen verbessert.

In dieser Situation plante die Bonner Bundesregierung 1958 einen entscheidenden Schlag gegen die Kräfte des Friedens in der DDR, in ganz Deutschland. Sie beschloß die Forcierung der atomaren Aufrüstung und ihre Vollendung bis Ende 1961. Die Bonner Militaristen glaubten, mit dieser Demonstration der militärischen Stärke die Friedenskräfte in Deutschland vor vollendete Tatsachen stellen zu können.

Diese aggressiven Pläne der Bonner Militaristen machten es notwendig, die Potenzen des Sozialismus voll auszunutzen, die Entwicklung des sozialistischen Aufbaus noch schneller voranzutreiben, um auf diese Weise durch die ökonomische Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus aufs sinnfälligste auch seine moralische Überlegenheit zu beweisen. Damit war auch für die Landwirtschaft der DDR ein entscheidendes Ziel gesteckt. Es wurde noch erweitert durch den Beschluß der VI. LPG-Konferenz von 1959, das Weltniveau bei den Hektarerträgen, in der tierischen Produktion und schließlich auch bei der Mechanisierung der Landwirtschaftlichen Arbeiten zu erreichen.

Mit welchen Mitteln konnte das geschehen? Einzig und allein durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß aller Bauern im Dorf, durch die Vereinigung und Spezialisierung ihrer Kräfte, ihrer reichen Erfahrungen und Fähigkeiten. Diese Zielstellung, die im Kern des Beschlusses der VI. LPG-

Konferenz enthalten ist, war eine logische Fortsetzung der bisherigen genossenschaftlichen Entwicklung auf dem Lande. Hatten 1958 die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aller Typen 37 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaftet, so war ihr Anteil bis 1959 auf die Hälfte, also auf 50 Prozent gestiegen. Ende 1959 gab es bereits 389 vollgenossenschaftliche Dörfer, und in allen Teilen der Republik prägten die Genossenschaften das Bild der Landwirtschaft. Ihr Wachstum hatte es ermöglicht, den Pro-Kopf-Verbrauch an wichtigen Nahrungsmitteln wie folgt zu entwickeln<sup>6)</sup>:

	Mengeneinheit	1950	1955	1959
Fleisch und Fleischwaren	kg	22,1	46,3	56,2
Butter	kg	4,2	7,5	13,2
Eier	Stück	63,1	122,0	186,0
Trinkvollmilch	Liter	74,0	80,0	112,0
Weißzucker	kg	21,8	28,0	31,5

Mit der Entwicklung der Genossenschaften stieg jedoch nicht nur die Produktion, mit ihr zeichnete sich täglich stärker das Bild der modernen sozialistischen Großraumwirtschaft auf dem Lande ab. Mit dem Wachsen der Genossenschaften veränderte das Dorf sein Gesicht.

Auf diese Weise war 1960 im Frühjahr die Situation herangereift, daß alle Bauern die Perspektive der sozialistischen Landwirtschaft, ihre großen und schönen Aufgaben bei der Verwirklichung des Siebenjahrplanes erkannten. Die Einzelbauern der Republik erklärten sich bereit zum Eintritt in die Genossenschaften — innerhalb weniger Wochen wurde die Landwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik vollgenossenschaftlich. Nachdem in den oft schwierigen Jahren des Anfangs das genossenschaftliche Denken und Handeln Eingang ins Dorf gefunden, nach und nach seine Überlegenheit bewiesen und die Mauern des Vorurteils abzutragen begonnen hatte, brach diese Mauer im Frühjahr 1960 endgültig zusammen, gab sie hunderttausenden Bauern den Weg frei in eine gesicherte und frohe Zukunft.

Wie aber der endgültige Zusammenbruch einer Mauer nach guter Vorbereitung rasch und gründlich vor sich zu gehen pflegt, so war die endgültige sozialistische Umgestaltung 1960 einem Frühlingsturm vergleichbar, der mit großer Geschwindigkeit über die Dörfer hinwegfegte und neue Verhältnisse schuf. Deshalb das Tempo der sozialistischen Umgestaltung,

<sup>6)</sup> „Neues Deutschland“, Ausgabe A, vom 26. 4. 1960, S. 4

deshalb der Schwung, mit dem in diesen Wochen von der Ostsee bis zum Thüringer Wald, von der Oder bis zum Harz Überzeugungsarbeit geleistet wurde.

## 2. Politik und Ökonomie

„De Appel is riep!“ sagten die Bauern im Ostseebezirk, die mit ihrem hundertprozentigen genossenschaftlichen Zusammenschluß den Anstoß für die große Bewegung in der ganzen Republik gaben. Als sie und die ganze Landbevölkerung der DDR den reifen Apfel pflückten, vollbrachten sie gleichzeitig eine große politische Aufgabe: sie erteilten den Gegnern des Friedens in Westdeutschland eine gehörige Abfuhr, indem sie politisch und ökonomisch den sozialistischen Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik unterstützten. Sie entschieden sich für den ersten deutschen Friedensstaat, indem sie durch ihre Tat bewiesen, daß sie seine Zielstellung verstanden hatten.

Die Bauern der Deutschen Demokratischen Republik verdarben damit aber auch all jenen Junkern und Großgrundbesitzern das Konzept, die in Westdeutschland darauf warten, daß revanchistische Propaganda und atomare Aufrüstung sie der Verwirklichung ihres Traumes von der Wiedererlangung ihres unrechtmäßigen Besitzes im Osten Deutschlands näherbringen. Mit der Schaffung des genossenschaftlichen Eigentums haben sich die Bauern der DDR ein starkes, einigendes Band geschaffen, das solche Träume zur Sinnlosigkeit verdammt.

In der damaligen Situation, da die Bonner Regierung alles unternahm, um vor der Pariser Gipfelkonferenz Störmanöver zu unternehmen und die Erörterung deutscher Probleme von der Tagesordnung absetzen zu lassen, war der Übergang aller Bauern in der DDR zur genossenschaftlichen Produktionsweise von erhöhter politischer und ökonomischer Bedeutung: er dokumentierte die Einheit aller Bevölkerungsschichten im sozialistischen Aufbau, er unterstrich das Bekenntnis aller Bevölkerungskreise zur Friedenspolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Bauern entschieden sich für den genossenschaftlichen Weg, „weil Sozialismus Frieden ist und die friedliche sozialistische Arbeit Wohlstand für alle Bauern bedeutet“, wie Walter Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der SED, in der Regierungserklärung über die Entwicklung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften vor der Volkskammer feststellte.

Dieser aktuell-politisch so bedeutsame Schritt aller Bauern zur gemeinsamen Arbeit war zugleich ein echtes histo-

risches Ereignis. Mit ihm wurde die in der Bodenreform begonnene Bauernbefreiung endgültig vollendet. Der Schritt zur Genossenschaft ist die logische Fortsetzung der Enteignung der Junker und der Übergabe ihres Landes in das Eigentum der Landarmen und Landarbeiter.

Diese These bedarf des Beweises. Er ist leicht zu führen, wenn man die Grenzen der einzelbäuerlichen Wirtschaft, wie sie an anderer Stelle bereits erläutert wurden, mit der Entwicklung der Genossenschaften vergleicht. Im Jahre 1958 zum Beispiel wies die Statistik bereits eine klare Überlegenheit der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aus, wie aus folgenden Zahlen hervorgeht<sup>7)</sup>:

#### Steigerung im Vergleich zum Jahre 1957 in Prozent

	LPG	Privatbetriebe
Bruttoproduktion je ha/LN	131,8	102,2
Marktproduktion je ha/LN		
Schlachtvieh Schwein	107,2	104,9
Milch	128,3	117,1
Viehbesatz je 100 ha/LN		
Rinder insgesamt	130,2	111,4
davon Kühe	114,3	106,0
Milch je Kuh	110,2	106,5

Nicht minder beweiskräftig ist ein Vergleich der Pro-Kopf-Produktion in den Genossenschaften und bei den Einzelbauern, der 1957 auf der Grundlage der Produktion des gesamten Jahres durchgeführt wurde<sup>7)</sup>:

	LPG	Einzelbauern
Schweinefleisch (Lebendgewicht)	510	306 kg
Milch	2582	2399 kg
Getreide	1903	1266 kg
Zuckerrüben	96	83,4 kg

Allein der genossenschaftliche Zusammenschluß erweist sich als imstande, die Grenzen des einzelbäuerlichen Betriebes zu sprengen und den Weg frei zu machen zu einer weiteren Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion. Erst die Genossenschaft ermöglicht es, durch Spezialisierung der Mitglieder die neuesten agrarwissenschaftlichen Erkenntnisse anzuwenden, erst der sozialistische Großbetrieb auf der Basis des genossenschaftlichen Eigentums ermöglicht den rationellsten Einsatz der modernen Maschinen und Geräte, die Durchfüh-

<sup>7)</sup> Zahlenangaben entnommen „Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik“, Berlin 1960, S. 190 ff.

rung der Innenmechanisierung und letzten Endes die weitgehende Übertragung der schweren körperlichen Arbeit auf die Landtechnik.

Aber weit hinaus über diese technisch-ökonomischen Möglichkeiten gehen die Potenzen der Genossenschaft: indem sie die Arbeit erleichtert, gewinnen ihre Mitglieder Zeit für die vielseitigste Befriedigung ihrer kulturellen Bedürfnisse, wird der lernende Bauer ebenso zur Selbstverständlichkeit wie der Konzert- und Theaterbesucher aus dem Dorf. Mit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft sind somit die Voraussetzungen geschaffen, die Rückständigkeit des Dorfes völlig zu überwinden, die wesentlichsten Unterschiede zwischen Stadt und Land zu beseitigen.

Die sozialistische Umgestaltung vollendete auf diese Weise die Bauernbefreiung, wie sie im Kern durch die Bodenreform begründet wurde; sie wurde zu einem wahrhaft historischen Akt, der ein neues Kapitel in der Geschichte der deutschen Landwirtschaft einleitete — das Kapitel der frei und von den Schranken der kleinen Warenproduktion ungehemmt sich entwickelnden Klasse der Genossenschaftsbauern.

## VI. Christliche Argumente?

### 1. Verlogene Propaganda...

Ob eine Entwicklung gut und richtig ist, läßt sich leicht ablesen an der Reaktion der Freunde und der Feinde. Bei der endgültigen Entscheidung der Bauern in der DDR für den sozialistischen Weg, für den Frieden zeichneten sich deutlich die Fronten ihrer Verbündeten und ihrer Gegner ab. Die Gegner der friedlichen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik schütteten in Zeitungen und über Rundfunkstationen einen Schmutzkübel von Verleumdungen, Hetze und feindlicher Propaganda aus.

In jenen Tagen, da die Bauern in der DDR eine lebenswichtige und zukunftssträchtige Entscheidung fällten, hatten sie sich nicht nur ihrer eigenen Bedenken und Vorurteile, der Auswirkungen ihrer Verwurzelung im Althergebrachten zu erwehren, sie mußten sich gleichzeitig gegen ein Sperrfeuer der Lüge und Verfälschung seitens der westdeutschen Propaganda verteidigen. In jenen Tagen entstanden in den westdeutschen Redaktionsstuben der Bonn-hörigen Zeitungen immer neue Berichte über den „Selbstmord verzweifelter mitteldeutscher Bauern“, täglich neue Meldungen von „Terror und Druck in der Sowjetzone“. Schneller noch, als einzelne dieser

Lügen entstanden, konnten sie widerlegt werden; die Bauern erkannten den Charakter dieser Behauptungen und schlossen sich noch fester zusammen, fällten noch entschlossener ihre Entscheidung für die Genossenschaft.

Bei dem Charakter des Bonner Regimes als eines klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaates nimmt es nicht wunder, daß in der Propagandawelle gegen den sozialistischen Frühling in der Landwirtschaft der DDR auch christliche Auffassungen mißbraucht wurden. Von sentimentalischen Berichten über die „Gewissensnot“ der christlichen Bauern bis zur Propaganda des Bischofs Dibelius in seiner Osterpredigt 1960 gegen die Genossenschaften reichte die Skala der Versuche, mit Hilfe „christlicher Argumente“ die Bauern von ihrem Schritt in eine gesicherte Zukunft abzuhalten.

Wir haben bereits an anderer Stelle darauf verwiesen, welchen Ursprungs diese Argumente sind. Die Bauern der DDR selbst — unter ihnen zahlreiche Christen — haben in den Frühjahrstagen 1960 die beste Antwort darauf gegeben. Walter Ulbricht wies in der Regierungserklärung vor der Volkskammer zur Bildung der LPG im April 1960 auf einige dieser Antworten hin und erklärte unter anderem:

„Als ein anderer Bauer hörte, daß Bischof Dibelius gegen die LPG sei, sagte er erstaunt: ‚Der ist gegen die LPG, und gleichzeitig redet er davon, wir sollten einander menschlich und brüderlich begegnen. Wie paßt das zusammen? Da müßte er doch für die LPG sein.‘“<sup>8)</sup>

Was hat die Reaktion in ihrer Angst vor der weiteren Stärkung unserer sozialistischen Ordnung nicht alles erfunden und an den Haaren herbeigezogen! Genossenschaftliche Arbeit sei Diebstahl und verstoße gegen das 7. Gebot; ein Christ könne doch nicht auf des Nachbarn Feld arbeiten und auch dessen Erträge genießen! — In Wahrheit aber bleibt ja jeder Genossenschaftsbauer Eigentümer seines Bodens, kann ihn verkaufen oder vererben und erhält für ihn seine Bodenanteile. Und wie der eine vom Ertrag des nachbarlichen Ackers mitzehrt, so auch der andere von dem seines Nachbarn — jeder von allen, weil jeder für alle arbeitet. Da ist kein Diebstahl, sondern Hilfe und Gemeinschaft, da ist — in der Folge der mechanisierten Großproduktion — höherer Ertrag auch für den Nachbarn. Nein, nichts bleibt von diesen scheinchristlichen Argumenten, wenn wir sie untersuchen; sie alle entlarven sich als

<sup>8)</sup> Regierungserklärung über die Entwicklung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, „Neues Deutschland“, Ausgabe A, vom 26. 4. 1960, S. 3

Mittel zum Zweck, als Mittel der Reaktion zum Zwecke der Verwirrung, der Behinderung, der Schwächung unserer Kräfte.

Dieses Mittel konnte und kann nicht verfangen. Anerkennend wird in der erwähnten Regierungserklärung die loyale Haltung des größten Teils der Geistlichen in der DDR zur sozialistischen Umgestaltung hervorgehoben:

„Wir können feststellen, daß Hunderte von Theologen, Geistlichen, Gemeindegemeindepfarrern den Bauern geraten haben, den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beizutreten. Viele Geistliche wiesen die Behauptungen westdeutscher Bischöfe zurück, daß mit dem Eintritt in die LPG ihre Zugehörigkeit zu ihrer Religionsgemeinschaft in Frage gestellt sei.“<sup>9)</sup>

Von der klaren Stellungnahme des Greifswalder Theologieprofessors Kehnscherper vor dem Rostocker Bezirkstag bis zur Erklärung Cottbuser Geistlicher vom 17. März 1960 spannt sich über zahlreiche Einzelerklärungen von Laienchristen und Geistlichen, über viele Festgottesdienste in den Dörfern zum Abschluß der sozialistischen Umgestaltung der Bogen eines klaren Bekenntnisses der christlichen Bevölkerung, insbesondere der christlichen Bauern, zum sozialistischen Weg in der Landwirtschaft. Viele Geistliche handelten entsprechend ihrer seelsorgerlichen Pflicht, entsprechend den Worten des Thüringer Landesbischofs D. Mitzenheim auf einer Tagung mit Vertretern des Staatsapparates Ende März 1960:

„Die Frage, ob Einzelwirtschaft oder landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft, ist keine Glaubensentscheidung, sondern eine ökonomisch-politische, die nach Vernunftserwägungen zu entscheiden ist. Der Kirche geht es nicht um die Wirtschafts- oder Gesellschaftsformen, in denen sie sich vorfindet, sondern darum, daß der Mensch in jeder Gesellschaftsform ungekränkt seines Glaubens leben kann.

Gesellschaftliche Wandlungsprozesse gehen nicht immer ohne äußerliche und innere Schwierigkeiten für den einzelnen vor sich. Die Kirche weiß um ihr Amt, auch in solchen Zeiten allen ihren Gemeindegliedern zur Seite zu stehen, um ihnen dazu zu helfen, daß sie ihr Leben sinnvoll als Dienst am Nächsten verstehen.“<sup>10)</sup>

Aus diesen Worten des Bischofs geht klar die Grundlage der Loyalität der überwiegenden Mehrzahl der Geistlichen gegenüber der sozialistischen Umgestaltung in der Landwirtschaft hervor: die Verweisung dieser umwälzenden Bewegung auf den ökonomischen Bereich, der indifferent ist gegenüber

<sup>9)</sup> a. a. O.

<sup>10)</sup> Entnommen aus „Neue Zeit“ vom 26. 3. 1960, S. 2

den Fragen des Glaubens und der Glaubenslehre. Daraus allein geht schon hervor, daß es gegen die LPG wie gegen irgendeine andere Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens und -arbeitens keine echten Argumente aus dem Glauben geben kann, es sei denn, diese Form beeinträchtigt die Gewissensfreiheit des Menschen. Von solcher Beeinträchtigung kann jedoch nicht die Rede sein in einer Genossenschaft, deren Ziel es ist, durch gemeinsame Arbeit die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu mehren, den Wohlstand ihrer Mitglieder wie den des Volkes zu vergrößern. Die propagandistischen Krokodilstränen, die die Gegner des sozialistischen Aufbaus über das Tempo in der sozialistischen Umgestaltung vergossen haben, gestatten noch viel weniger, daraus Schlußfolgerungen über eine Beeinträchtigung der Gewissensfreiheit im Stadium der Bildung der vollgenossenschaftlichen Dörfer zu ziehen.

Allerdings kann gesagt werden, daß das helfende und richtungweisende Wort manches Geistlichen an christliche Bauern im Sinne der gemeinsamen Arbeit oft dazu beitrug, den Sprung in die neue Qualität des Arbeitens und Denkens, in die LPG, schmerzloser zu vollziehen, während die gegnerische Propaganda einiger weniger Geistlicher zwar nichts an der Umgestaltung zu ändern vermochte, aber eine Reihe neuer und unnötiger Konflikte in den Köpfen christlicher Bauern schuf.

Prinzipiell stand im Vordergrund der Umgestaltung auf dem Lande die Freiwilligkeit des Beitritts zur Genossenschaft, und selbst das intensivste und feindseligste Suchen nach einer Verletzung dieses Prinzips hätte keinen einzigen solchen Fall zutage fördern können. So blieb die westliche Propaganda auf die Erfindungsgabe ihrer Zulieferer angewiesen und leistete durch Falschmeldungen indirekt manche Unterstützung in der Überzeugungsarbeit auf dem Dorfe.

## 2. ... und echte Konflikte

Aus dem Glauben können keine echten Argumente gegen die LPG, gegen die sozialistische Landwirtschaft geltend gemacht werden. Das liegt in der Natur der Sache, in der Verschiedenartigkeit der beiden Sphären. Heißt das aber, daß diese Entscheidung nur Ergebnis eines Rechenexempels ist, nur den Übergang zu einer bestimmten juristischen Form der gemeinsamen Arbeit darstellt? Das widerspräche der tiefen politischen Bedeutung der sozialistischen Umgestaltung, das widerspräche nicht minder dem Ernst und der Überzeugung von der

Richtigkeit ihres Weges, die hinter den hunderttausenden Unterschriften der Bauern unter die Beitrittserklärung zur LPG stehen.

Mit der Entscheidung für die Genossenschaft wird vielmehr eine Entscheidung für eine völlig neue Qualität des Arbeitens und Lebens gefällt, wird ein neuer Abschnitt auch in der eigenen bäuerlichen Existenz begonnen, die oft auf jahrzehntelanger Tradition beruht. Zu dieser neuen Qualität im Denken und Arbeiten, die mit den Worten „Vom Ich zum Wir“ treffend charakterisiert wird, gibt es durchaus eine Stellungnahme aus dem Glauben heraus. Sie ist für den Christen, der seinen Glauben im Alltag verwirklichen will, eine Notwendigkeit, da er die Dinge dieser Welt aus seiner christlichen Haltung sieht und beurteilt.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, löst sich auch leichter der Konflikt, der infolge der inneren Bindung an die alt-hergebrachte Art und Weise des Wirtschaftens teilweise noch vorhanden ist. Sich aus dem Gewohnten zu lösen ist zweifellos ein komplizierter Prozeß. Der Christ aber kann nicht mit dem Blick auf das Gestern leben, wenn das Morgen größeren Nutzen für die Gesellschaft bringt. In dem erwähnten Aufruf von Pfarrern des Bezirks Cottbus heißt es dazu in treffenden Worten:

„Der Glaube des Christen ruft ihn zu persönlichem Einsatz in der Gemeinschaft. Auch Dich, lieber Bauer und Christ! Du sollst in der Verantwortung vor Gott und Jesus Christus prüfen, wie Du in einer sich verändernden Welt der menschlichen Gesellschaft am besten dienen kannst. Du hast vor Gott den Auftrag, Deinem Nächsten das tägliche Brot auf den Tisch zu bringen. Unsere Zeit fordert gebieterisch, daß alle Hände und Kräfte im Dorfe gemeinsam genossenschaftlich ans Werk gehen. So erfüllen wir den Auftrag, den die Christenheit seit den Tagen der Urgemeinde durch ihren Herrn und Meister zugewiesen bekommen hat... Christliches Gewissen und Verantwortung vor Gott vermag den Bauern heute keinen anderen Weg zu zeigen als den zum vollgenossenschaftlichen Dorf. Christlich handelt der, welcher den Weg vom Egoismus zur Gemeinschaft freudig begrüßt und bewußt beschreitet.“<sup>11)</sup>

Seit jeher war es ein hoher gesellschaftlicher Auftrag für den Bauern, mit all seinem Können das „tägliche Brot“ zu erzeugen. Der verantwortungsbewußte Bauer wußte sich seit jeher als ein wichtiger Bestandteil der Gemeinschaft des Volkes, als der Ernährer der Bevölkerung seines Staates. Er legte seine ganze Liebe zur Natur, zum Boden und zu den Tieren in

11) „Neues Deutschland“, Ausgabe A, vom 17. 3. 1960, S. 3

die Erfüllung dieses Auftrages und sah seine Ehre darin, diesem Auftrag gerecht zu werden. Daß solche hohen ethischen Berufsgrundlagen mit der stärker werdenden Existenzbedrohung des bäuerlichen Betriebes durch den Kapitalismus in den Hintergrund wichen, daß an ihre Stelle das Jagen nach Konkurrenzfähigkeit, die egoistische Isolierung gegenüber den Berufskollegen, der kleinliche Streit um das Privateigentum traten, das ist ein Beweis mehr für den antihumanistischen Charakter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Erst dort, wo sich der Bauer, frei von den Schranken der privaten Einzelwirtschaft, in der ökonomischen und moralischen Gemeinschaft mit den Berufskollegen seines Dorfes der wachsenden Steigerung der Erträge von Feld und Stall widmen kann, stehen seine Berufsehre, seine Verantwortung für die Ernährung des Volkes wieder im Mittelpunkt seines Handelns. Das aber entspricht nicht zuletzt den Forderungen echten Christentums.

Diese Überlegung führt bereits zu dem Gesichtspunkt, unter dem allein christliches Denken und Handeln als Maßstab für den Weg der christlichen Bauern in die sozialistische Landwirtschaft angelegt werden kann: welche Möglichkeiten gibt die LPG, gibt die sozialistische Landwirtschaft als Bestandteil der sozialistischen Gesellschaftsordnung dem Bauern, seiner Glaubenshaltung entsprechend zu leben, ihre diesseitsbezogenen Forderungen zu verwirklichen? Positiv gestellt, verdichtet sich diese Frage letzten Endes zur Frage nach den konkreten Auswirkungen der weitgehenden Übereinstimmung christlicher Ziele mit den im Sozialismus zu verwirklichenden humanistischen Anliegen, zur Frage nach der christlichen Existenzmöglichkeit in der sozialistischen Landwirtschaft.

### 3. Boden christlicher Tat

Es gehörte zu den Höhepunkten des VI. Deutschen Bauernkongresses Anfang Dezember 1960 in Rostock, als eine Bäuerin aus dem Rheinland ans Mikrofon trat und sinngemäß erklärte: „Was für eine Genugtuung bereitet es uns Bauern aus Westdeutschland, Euren Beratungen zuzuhören. Bei Euch geht es darum, die Leistungen der Bauern für die Ernährung des Volkes zu erhöhen. Bei uns sollen die Leistungen für die Rüstung erhöht werden — auf Kosten der Existenz hunderttausender Bauernhöfe. Eure Regierung fordert dagegen von Euch mehr landwirtschaftliche Produkte — das muß eine gute Regierung sein!“

In diesen Worten offenbarte sich der tiefe Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Auftrag der Bauern, dem sich besonders auch der Christ verbunden fühlt, und der Unmöglichkeit, ihn im westdeutschen Staat, ihn letzten Endes überhaupt in einem von Macht- und Profitstreben dirigierten Staat zu verwirklichen. Auf der einen Seite der Hunger, der heute noch ständiger Begleiter des Lebensweges von Millionen Menschen auf der Erde ist, auf der anderen Seite die Vernichtung ganzer Getreideernten, ja die Honorierung der Unterlassung landwirtschaftlicher Produktion (in den USA inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden!) — diese Gegensätze zeigen den klaffenden Widerspruch zwischen den christlichen Anliegen und den Möglichkeiten ihrer Realisierung im kapitalistischen Staat.

Entspricht es daher nicht gerade christlicher Verantwortung, wenn die ständige Ertragssteigerung als Ziel vor unserer Landwirtschaft steht? Entspricht es nicht gerade dieser Verantwortung, wenn der beste Weg zur Erreichung dieses Zieles, der genossenschaftliche Weg, Allgemeingut aller Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik wurde? Zum erstenmal ist damit den christlichen Bauern die Möglichkeit gegeben, auch im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben voll ihrem Glauben entsprechend zu handeln. Eine weitere Überlegung gehört in diesen Komplex — die Frage nach der tätigen Nächstenliebe, nach der gemeinsamen Tat zum Nutzen des Ganzen. Unionsfreund Richter aus Schönwalde, Kreis Lübbenau, gab im Frühjahr 1960 genau die richtige Antwort:

„Es wäre doch falsch, wenn ich aus der kapitalistischen Denkweise heraus als stärkster Bauer danach getrachtet hätte, rücksichtslos einen kapitalistischen Herrschaftshof aufzubauen, und die Klein- und Mittelbauern nach dem kapitalistischen Wolfsgesetz aufgefressen hätte. Das wäre unchristlich gewesen und hätte auch niemals meiner Einstellung entsprochen. Für mich war es eine Selbstverständlichkeit, meinen Kollegen im Dorf brüderlich die Hand zu reichen und mit unseren gemeinsamen Erfahrungen eine leistungsfähige Genossenschaft aufzubauen. Durch diese unsere gemeinsame Arbeit sind wir heute in unserer Genossenschaft Schönwalde so weit, daß wir Kurs auf das Weltniveau nehmen und damit unseren Mitgliedern eine glückliche Zukunft schaffen, gleichermaßen aber dazu beitragen, die Agrarpolitik in unserem Staat vorbildlich zu verwirklichen.“

Das auf den eigenen Besitz, den eigenen Hof konzentrierte Denken und Handeln in der individuellen Bauernwirtschaft läßt naturgemäß nur einen schmalen Raum für gegenseitige

Hilfe und Unterstützung. Auseinandersetzungen über relativ kleine Meinungsverschiedenheiten führten nicht selten, da sie den — wenn auch kleinen — Gesamtbereich der eigenen Existenz betrafen, zu langandauernden Feindseligkeiten zwischen Bauernhöfen, zur freiwilligen Isolierung und zur Abkapselung des einen gegenüber den Vorgängen beim Nachbarn. Selbst dort, wo guter Nachbarschaftssinn und echte Hilfe die Bauern im Dorf untereinander verbanden, waren diese guten Voraussetzungen immer wieder gebunden an die Schranken der privaten Interessen, der innerfamiliären Sorgen um die Erhaltung beziehungsweise den Ausbau der eigenen Existenz.

Mit einem Schlag reißt die genossenschaftliche Arbeit diese Schranken nieder, verbindet sie die Bauern zu einer Interessengemeinschaft, in der die egozentrischen Gedanken des „Ich“ mit ihrer Beengtheit vor dem großen „Wir“ in den Hintergrund treten. Mehr als nur der Situation gedankte Hilfe und oft almosenhafte Unterstützung ist das — vielmehr ein Zusammenstehen aller Kräfte, um einen Sprung nach vorn zu tun in der Produktion und nicht minder im Leben. So gibt es bereits heute vorbildliche Beispiele gegenseitiger sozialistischer Hilfe, die zugleich auch den Charakter christlicher Brüderlichkeit trägt.

Die LPG „Helmut Just“ in Striegnitz, Kreis Meißen, zum Beispiel hatte außerordentliche Schwierigkeiten, bis Unionsfreund Albrecht Hüfner, Meisterbauer der sozialistischen Landwirtschaft seit den Tagen des VI. Deutschen Bauernkongresses, von einer anderen LPG kam und seine hohen fachlichen und politischen Kenntnisse, seine reichen Fähigkeiten in der Menschenführung der LPG in Striegnitz zur Verfügung stellte. Innerhalb von zwei Jahren erhöhte die LPG unter dem Vorsitz von Unionsfreund Hüfner den Wert ihrer Arbeitseinheit um rund 9 DM und ist heute eine vorbildliche Genossenschaft, die auf einigen Gebieten das Weltniveau erreicht hat. Ohne die echte sozialistische Hilfe derjenigen Genossenschaft, die einen ihrer Besten, Unionsfreund Hüfner, zur Hilfe schickte, wäre dieses Ergebnis kaum zu erreichen gewesen.

Zeichen und Methode der höheren Qualität der Arbeit auf dem Lande sind auch die neuen Beziehungen, die zwischen Wissenschaft und Praxis zunehmend entstehen. Sozialistische Gemeinschaftsarbeit in der Landwirtschaft, enge Zusammenarbeit von Agrar- und Veterinärwissenschaftlern mit Genossenschaftsbauern — das ist nicht nur Ausdruck neuer zwischen-

menschlicher Beziehungen, sondern vor allem auch ein wichtiges Mittel, um höchste Erträge im Stall und auf dem Felde zu erreichen. Wissenschaft und neue Technik, sozialistische Arbeitsmoral und politischer Weitblick sind die Grundpfeiler guter genossenschaftlicher Arbeit.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, Stellung zu nehmen zu den verschiedensten Schlagworten, mit denen die Gegner des sozialistischen Aufbaus versuchen, die „Vernichtung der individuellen Persönlichkeit“ als Ergebnis der genossenschaftlichen Arbeit hinzustellen. Sie erklären dabei allerdings nicht, wie eine echte Gemeinschaft überhaupt denkbar ist ohne die Vielzahl von Einzelpersönlichkeiten, von charakterlich gefestigten Menschen, die sich zur Verwirklichung eines gemeinsamen Zieles zusammengeschlossen haben.

Gerade in der Entfaltung aller speziellen Fähigkeiten und Anlagen liegt ja der Wert der Gemeinschaft für den einzelnen, auch der Wert der LPG. Das vergangene erste Jahr der vollgenossenschaftlichen Arbeit in unserer Republik hat dafür eine Vielzahl von Beispielen geliefert. Bauern wie Unionsfreund Odrich aus dem Bezirk Dresden, die zuvor auf die Tätigkeit in ihrer eigenen Wirtschaft eingeengt waren und sich nie vom „Eigen“ trennen zu können glaubten, entwickelten sich zu hervorragenden und klugen Organisatoren des sozialistischen Großbetriebes in der Landwirtschaft. Sie entwickelten als Vorsitzende gute Fähigkeiten und Erfahrungen, die sie erst jetzt anwenden konnten. Sie lernten und studierten, um ihre Persönlichkeit zum Nutzen der Gesellschaft zu entwickeln.

Mit dem fachlichen und politischen Wachsen so vieler Genossenschaftsbauern ist vielfach auch ihr menschliches Reifen verbunden. Sich vom Ich- auf das Wir-Denken umzustellen — ist das nicht ein charakterlicher Reifeprozess? In der kollektiven Arbeit, im sozialistischen Wettbewerb der Brigaden entwickeln sich neue Tugenden. Die gegenseitige sozialistische Hilfe des Spitzenreiters für den Schwächeren, der Austausch aller Erfahrungen — wo wäre das früher im Dorf alten Stils möglich gewesen, wo jeder Bauer ängstlich sein Wissen vor den Blicken der anderen hütete, weil dieses Wissen sein Kapital, sein Aktivposten in der kleinen Bilanz des bäuerlichen Einzelbetriebes war? Der großen Bilanz der Genossenschaft, der Bilanz unserer gesamten sozialistischen Landwirtschaft allerdings gereichte es zum Schaden, würden nicht die tausenderlei Erfahrungen des einzelnen schnell der Allgemeinheit zugänglich gemacht! Gerade diese Gesichtspunkte sind nicht

minder Verwirklichung christlichen Handelns, wie sie zugleich Ausdruck der neuen, sozialistischen Beziehungen zwischen den Menschen sind.

Wächst aus den vorgenannten Tatsachen die logische Erkenntnis, daß der sozialistische Weg in der Landwirtschaft christlichem Handeln weite und neue Ebenen öffnet, so wird diese Erkenntnis noch verstärkt, wenn man über die unmittelbare landwirtschaftliche Arbeit hinaussieht auf die Entwicklung im gesamten Dorf. Allein die Erleichterungen, die sich durch die genossenschaftliche Arbeit für die Bäuerin ergeben, die jetzt mehr Zeit für den Haushalt, für die Sorge um die Familie und die Kinder erhält, fallen schon beim Typ I der Genossenschaft spürbar ins Gewicht. Hinzu kommen die sozialen und kulturellen Möglichkeiten, die keinem Einzelbauern bisher offenstanden. Urlaubsgewährung ist inzwischen auf dem Lande kein neuer Begriff mehr, und allerorten sind Dorfklubs entstanden, die dem Dorf ein neues kulturelles Gesicht geben. Theater- und Konzertfahrten sind in gleichem Maße Wege dazu, daß die wesentlichen kulturellen Unterschiede zwischen Stadt und Land nach und nach der Vergangenheit angehören. In den gleichen Bereich fällt die große Lernbewegung auf dem Lande, die im Winter 1960/61 bereits zur Qualifizierung von zehntausenden Bauern zu Traktoristen, Meistern der Landwirtschaft und zu Fachleuten auf vielen Spezialgebieten führte.

All dies sind Tatsachen, die den tiefen humanistischen Gehalt der sozialistischen Umgestaltung in der Landwirtschaft zum Ausdruck bringen: mit der vollendeten Bauernbefreiung den Werkträgern auf dem Dorfe zu helfen, sich aus der durch das Kleingigentum bewirkten Erstarrung zu lösen, zu Beherrschern der modernen Technik und der Agrarwissenschaft zu werden, sich ebenso wie die Menschen in der Stadt die Schätze der Bildung und Kultur anzueignen. Wenn wir heute von der Perspektive der Bauern im Sozialismus sprechen, so heißt das mehr als nur soziale Sicherheit und fachliche Entwicklung — die Perspektive der Bauern im Sozialismus läuft letzten Endes auf eine radikale Veränderung des Dorfes, auf die Beseitigung der jahrhundertealten, wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land, auf eine menschliche, geistig-kulturelle Vervollkommnung des Lebensgefühls, der Persönlichkeit aller Bauern hinaus. Als Genossenschaftsbauern sind sie zu einer neuen Klasse geworden, sind sie noch enger und bewußter als bisher mit der Arbeiterklasse verbunden, regieren mit ihr den Staat und genießen direkt die Früchte ihrer Arbeit.

Die auf diese Weise erst in ganzem Umfang mögliche Vollendung der Persönlichkeit der Bauern in ihrer Gesamtheit ist eine echte humanistische Tat. Sie gibt volle Wirkungsfreiheit für ein Leben in der Nachfolge Christi, für ein Leben im Dienste des Mitmenschen. So formulierte der Hauptvorstand der Christlich-Demokratischen Union in einer Veröffentlichung vom 21. März 1960:

„Christliches Verantwortungsbewußtsein kann dem Bauern keinen besseren Weg weisen als den in die LPG. Hier hat er die Möglichkeit, im Geiste echter Nächstenliebe und wahrer Brüderlichkeit durch seine Arbeit in der Genossenschaft seinen Mitmenschen am besten zu dienen.“<sup>12)</sup>

Dieses Wort ist kein „christliches Argument“ für die LPG, das es ebensowenig geben kann wie „christliche Argumente“ gegen die Genossenschaft. Es ist vielmehr ein klarer Hinweis auf die umfangreichen Möglichkeiten christlicher Existenz in der sozialistischen Landwirtschaft.

## VII. Ausblick

Auf dem VI. Deutschen Bauernkongreß in Rostock beschlossen die Genossenschaftsbauern selbst ihr Programm für das Jahr 1961, berieten sie über ihre gemeinsamen Erfahrungen und werteten sie aus. Auf diesem Kongreß wurde als Nahziel die Aufgabe gestellt, das Jahr 1961 zum Jahr der guten genossenschaftlichen Arbeit zu machen. In fünf Punkten faßte der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, die nächsten Aufgaben in den Genossenschaften zusammen: Die Einbeziehung der gesamten bäuerlichen Bevölkerung in die Genossenschaft, (insbesondere der Frauen und Jugendlichen), die Entwicklung der Arbeitsplanung und -organisation, die Ausnutzung der gesamten vorhandenen Technik, die Anwendung des Leistungsprinzips und die Festlegung der Entwicklung in der Stall- und Feldwirtschaft. Dazu wurde auf dem VI. Deutschen Bauernkongreß ein neues System der Planung der landwirtschaftlichen Produktion beschlossen.

Die Gewinnung aller bäuerlichen Bevölkerungsteile im Dorf zur Mitarbeit in der Genossenschaft und die Ausarbeitung des Planes 1961 standen im Mittelpunkt der Arbeit in den ersten Wochen des Jahres 1961. Ungezählte Anregungen, Vorschläge und Hinweise sind das Ergebnis der Plandiskussion, bei der die Erfahrungen der Bauern, ihr fachliches Wissen die ausschlaggebende Rolle spielten.

<sup>12)</sup> Entnommen aus „Neue Zeit“ vom 26. 3. 1960, S. 10

Weitere Kräfte flossen den Genossenschaften durch den Eintritt vieler Bäuerinnen zu, die erkannten, daß ihr Platz auch in der Genossenschaft an der Seite ihres Mannes ist. Die neue Perspektive des Dorfes war das überzeugendste Argument für viele Jugendliche, Bauernsöhne und -töchter, die ebenfalls in die Genossenschaft eintraten. Gleichzeitig konnten die ersten Erfolge der gemeinsamen Arbeit gebucht werden.

Trotz der großen Witterungsschwierigkeiten im Jahre 1960 und trotz der Kompliziertheit des Übergangs zur vollgenossenschaftlichen Produktion verstanden es die meisten Genossenschaften bereits im ersten Jahr der vollgenossenschaftlichen Arbeit, die Möglichkeiten der sozialistischen Großproduktion zu nutzen und die Marktproduktion an tierischen und pflanzlichen Erzeugnisse zu steigern. Damit waren die Spekulationen der westdeutschen Militaristen zunichte gemacht. „Als Antwort auf diese Spekulationen“, so führte der Minister für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft, Hans Reichelt, anlässlich einer Pressekonferenz im Jahre 1961 aus, „erhöhten unsere Genossenschaftsmitglieder und die Landarbeiter die Marktproduktion wie folgt im Vergleich zu 1959: Schlachtvieh 109,8 Prozent, Schwein 109,5 Prozent, Rinder und Schafe 110,8 Prozent, Geflügel 172,8 Prozent, Eier 121,7 Prozent, Milch 105,5 Prozent.“

Im Vergleich zum Durchschnitt der letzten fünf Jahre (ein Vergleich mit dem Vorjahr wäre wegen der Trockenperiode 1959 unreal) stieg der Hektarertrag bei Getreide auf 113,2, bei Kartoffeln auf 119,0, bei Zuckerrüben auf 115,8 und bei Silomais auf 109,7 Prozent. Daß das Wachsen der landwirtschaftlichen Produktion nicht auf Kosten der Substanz vor sich ging, wie einige westliche „Wahrsager“ behaupteten, geht aus der Steigerung der Viehbestände 1960 zu 1959 hervor: die Bestände stiegen bei Rindvieh auf 104,8, bei Schwein auf 103,5 und bei den Legehennen auf 110,4 Prozent. Das sind gute Grundlagen, um die Planaufgaben für 1961, die Steigerung bei Schlachtvieh auf 107,3, bei Milch auf 104,5 Prozent, zu erfüllen.

So wird das Jahr 1961 ein Schritt zur Erfüllung der Aufgaben des Siebenjahrplanes, ein Schritt zur Entwicklung des vollgenossenschaftlichen zum sozialistischen Dorf mit höchster Produktion und gleichzeitig mit einem hohen geistig-kulturellen Niveau sein. Bis dahin gibt es zweifellos noch eine Reihe von Schwierigkeiten materieller wie ideologischer Art zu überbrücken und zu überwinden. Es ist nicht einfach, vom Denken in kleinen Maßstäben des Privatbetriebes zum Planen in den Maßstäben des sozialistischen Großbetriebes in der

Landwirtschaft zu kommen. Dieser notwendige Wandel im Herzen und im Verstand, dieser Einsatz für die Sache der Gemeinschaft aber ist die Grundlage, auf der sich das sozialistische Dorf von morgen aufbaut.

Die weitgehende Mechanisierung der Stall- und Feldarbeiten, die Anwendung moderner wissenschaftlicher Erkenntnisse sind nicht allein das Charakteristische an diesem Dorf. Das Entscheidende sind vielmehr die Menschen: Bauern, die seit Jahr und Tag ihren Boden bewirtschaften, die gleichzeitig mit den Forderungen der Gesellschaft, mit der neuen Technik und der modernen Wissenschaft mitgewachsen sind und sie beherrschen. Sie tun das nicht im Auftrag irgendeines Großgrundbesitzers zu dessen profitablen Nutzen, sondern sie tun es als Eigentümer der Technik und des Bodens, als freie Bauern auf freiem Grund, gemeinsam schaffend an der Erfüllung ihres gesellschaftlichen Auftrags.

Die sozialen Forderungen des Christentums, ihrem Wesen nach tief humanistisch, können auf diese Weise im sozialistischen Dorf am besten erfüllt werden. Als Forderungen nach einem menschenwürdigen Leben aller sind sie Anliegen der sozialistischen Gesellschaft geworden. Wenn wir daher von christlicher Existenz in der sozialistischen Landwirtschaft sprechen, umfaßt das nicht allein die Möglichkeit der Ausübung des Glaubens entsprechend der verfassungsmäßig festgelegten Glaubens- und Gewissensfreiheit. Christliche Existenz in der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft — das heißt vielmehr ein beglückendes Übereinstimmen zwischen den wesentlichen Zielen christlichen Handelns und sozialistischer Tat: Brot für die Menschen im Überfluß, wachsenden materiellen wie geistigen Wohlstand, ja Reichtum — für diejenigen, die ihn mit Fleiß und Tatkraft erzeugen. Christliche Existenz in der sozialistischen Landwirtschaft ist somit nicht Möglichkeit und Tatsache allein, sondern zugleich Auftrag zur Mitarbeit an der Entwicklung der Gemeinschaft.

- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- \*29 Fritz Rick: Auf neue Art arbeiten, lernen und leben
- \*30 Dr. Hans Wiedemann †: Aus meinen Reden
- \*31 Gerhard Lange: Erziehung und Bildung der Jugend in den beiden deutschen Staaten
- \*32 Dr. Gerhard Desczyk: Der Friedensauftrag der Katholiken
- 33 Dr. Bohuslav Pospisil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- \*34 Johannes Zukertort: Der deutsche Militarismus und die Legende vom Präventivkrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion
- \*35/36 Luitpold Steidle: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“
- \*37 Gerhard Krüger: Die Darstellung der wichtigsten Probleme des zweiten Weltkrieges in der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands
- \*38 Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Heinz Büttner, Erwin Krubke: Friedensvertrag mit Deutschland
- \*39 Gertrud Illing: Abrüstung — der Weg zum Weltfrieden — Wunsch und Wille der Menschheit
- \*40 Wolfgang Heyl, Victor Thiel, Erwin Krubke, Rolf Börner: Es gibt keinen dritten Weg
- \*41 Otto Nuschke — Sein Vermächtnis an die christlichen Demokraten
- \*42 Rolf Börner: Der Christ und die sozialistische Moral
- \*43 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Ostsee — Meer des Friedens
- \*44 Prof. Dr. theol. Gerhard Kehnscherper: Max Plancks Forderung an Theologie und Kirche
- 45 Werner Meinecke: Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche
- \*46 Dr. Heinrich Toeplitz: Recht und Justiz in beiden deutschen Staaten
- \*47 Gerald Götting: Einig im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus
- 48 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Atomare Aufrüstung und Lebenslage
- 49 Prof. Dr. Jan Milič Lochman: Theologie und kalter Krieg
- 50 Carl Ordnung: Die Kirche vor der sozialen Frage
- 51 Dipl. oec. Erwin Krubke: Soziale Sicherheit ist nur im Sozialismus möglich
- 52 Aus der Arbeit des Gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR: Vom Glauben zum Bekenntnis
- 53 Alwin Schaper: Der Gottesfrieden — Rückblick und Ausschau
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 55 Carl Ordnung: Der Atheismus als Frage an die Christenheit
- 56 Gerald Götting: Afrika den Afrikanern! — Zur Freiheitsbewegung der afrikanischen Völker

- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 60 Gertrud Illing: Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus im Bonner Staat und die Rolle der Adenauer-CDU

Die mit \* gekennzeichneten Titel sind bei der Partelleitung vergriffen.

Verkaufspreis 0,50 DM